

Die „Raibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 16 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Raibacher Zeitung.

## Amtslicher Theil.

**S. I. I.** Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 5. Juni d. J. den Hofrath der k. k. siebenbürgischen Hofkanzlei August Roth von Telegd, die Räte des siebenbürgischen Guberniums Friedrich Kirchner, Alois von Pap, Jakob Wolkoga und Samuel von Fekete, den Hofsekretär der k. k. siebenbürgischen Hofkanzlei, früheren I. I. Oberlandesgerichtsrath Georg von Angyal und endlich den Fiskaldirektor (Oberstaatsanwalt) der siebenbürgischen Gerichtstafel Stephan von Kováts zu Räten des k. k. siebenbürgischen Obersten Gerichtshofes allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wahl des Franz Zeller zum Präsidenten und des Thomas Rosian zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Salzburg bestätigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Raibach, 12. Juni.

Das erste Ergebnis der Kaiserreise nach Pest ist die Aufhebung des Militärprovisoriums in Ungarn. Die „Ungarischen Nachrichten“ enthalten folgendes Telegramm des königlich ungarischen Hofkanzlers an den Statthalter Grafen Palfy: „Mit Allerhöchstem Handschreiben, ddo. Ofen 8. Juni, wurde der gesetzliche Wirkungskreis des Statthalterreirathes hergestellt, und die Militär-Gerichte, vom 1. Juli l. J. angefangen, aufgehoben.“ Es wird daher die Gerichtsbarkeit über die politischen Vergehen, welche durch den Allerhöchsten Erlaß vom 5. November an die Militärgerichte überging, wieder an die ordentlichen Gerichte übertragen; die Militärjurisdiktion über die Zivilparteien tritt mit 1. Juli außer Wirksamkeit. Die Gerichte werden in Zukunft nach den Strafgesetzen des Landes vorzugehen haben; nur bezüglich der Preßvergehen bleibt die österreichische Preßordnung von 1852 in Wirksamkeit, behufs deren Anwendung gleichzeitig eine Instruktion an die Gerichte erlassen wird, deren Bestimmungen zum Theile den österreichischen Strafgesetzen, zum Theile dem ungarischen Preßgesetze von 1848 entnommen sind.

Die Luftströmungen in der deutschen Politik haben, wie es scheint, gewechselt; der Zug von Wien nach Berlin hat aufgehört und es dürfte etwas Wahres an der Spannung sein, über welche in preussischen und deutschen Zeitungen so viel gesprochen wird. Auch andere, schwerwiegende Ereignisse der letzten Tage deuten darauf hin. Aus Berlin wird uns in der „Rheinischen Ztg.“ versichert, daß die Stimmung in den dortigen maßgebenden Kreisen eine sehr energische geworden sei, ja indirekt deutet man darauf hin, daß man (in Berlin) mit Rußland vereint bis zu einer Art Ultimatum gegen Oesterreich vorgehen werde. Es scheint die Duellwuth selbst in den Berliner Regierungskreisen epidemisch zu werden.

In Betreff der römisch-italienischen Verhandlungen und des Verhältnisses Oesterreichs zu denselben tauchten in den Blättern verschiedene Gerüchte auf, nach welchen man vermuthen könnte, daß sich Oesterreich nunmehr in diese Angelegenheit eingemischt habe. Diese Vermuthungen sind nach den uns zugehenden übereinstimmenden Berichten durchaus unbegründet. Oesterreich hat nicht aufgehört, in seiner neutralen Stellung, die es seit Beginn der Negotiationen diesen gegenüber eingenommen, zu beharren, eine Stellung, welche einer Verständigung zwischen dem Papste und Viktor Emanuel bezüglich der rein kirchlichen Arrangements nichtsweniger als im Wege steht.

## 75. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 9. Juni.

(Schluß.)

**Abg. Hagenauer:** Die Debatte habe eine ganz unrichtige Wendung genommen. Man hätte sehr wohl gethan, die Sache zu belassen, wie sie in der Regierungsvorlage enthalten war. Es handle sich um einen Vertrag, um Dienste und um Entgelt, nicht um eine Subsidie.

**Redner** vergleicht das Entgelt für den Seepostdienst mit dem von anderen Staaten geleisteten, und zeigt, daß selbst die von der Regierung vorgeschlagene Ziffer noch hinter der von Frankreich, England, Rußland und Italien gezahlten, bedeutend zurückbleibe. Die Minorität nehme eine ganz falsche Stellung ein, sie sage, man müsse untersuchen, wie viel der Lloyd zum Leben brauche und dürfe ihm nicht mehr geben, aber es handle sich nicht um eine Subvention, sondern um Bezahlung für geleistete Dienste.

**Redner** verteidigt den Bau des Arsenal in ähnlicher Weise, wie Abg. Mende, und sagt, hätte man es nicht gebaut, so müßte man es heute bauen. Was die Po-Schiffahrt betrifft, so trage hauptsächlich die Regierung an dem Mißlingen Schuld, sie versprach die Po-Mündung zu öffnen, damit die Schiffe vom Meere aus hineinfahren können, dann hätte diese Linie auch etwas getragen, aber die Regierung unterließ in ihrem dermaligen Bedrängniß die Ausgrabung der Mündung und so mußte die Po-Schiffahrt eingehen.

**Redner** betont, daß der Lloyd gar kein Privilegium mehr habe, er darf eben nur die Briefe mitnehmen und die periodische Schiffahrt unterhalten, und wendet sich dann gegen die Vorwürfe des Abg. Cerne.

Der Lloyd ruinire nicht nur die Schiffahrt nicht, sondern habe namentlich zu der Blüthe des Triestiner Handels beigetragen. Man sagt, der Lloyd bleibe in seiner eigenen Entwicklung zurück. Er hat jetzt 68 Schiffe. Vergleicht man dies mit jener Zeit, wo die Vermehrung der Schiffe von 6 auf 12 als Schwund bezeichnet wurde, so könne man nur vom Aufschwung und nicht vom Zurückbleiben sprechen. Was die Administration betrifft, so lasse sich tabellarisch nachweisen, daß der Lloyd billiger fahre, als Frankreich, England, Rußland und Griechenland.

**Redner** schließt mit der Empfehlung des Ausschusses.

**Abg. Skene** tritt als Berichterstatter der Minorität für die Zifferaufstellung derselben ein. Diefelben seien der Regierungsvorlage entnommen, bemerkt **Redner**, und geht hierauf in eine Detailirung der einzelnen Ansätze ein. Er bekämpft die Angaben des Berichterstatters der Majorität und die zu Gunsten des Ausschusses vorgebrachten Bemerkungen und schließt mit der Erklärung, er hoffe, das Haus werde sich dem Minoritätsvotum anschließen.

**Abg. Cerne** repliziert gegen Conti und Hagenauer.

**Marineminister Freiherr v. Burger:** Er kenne den Lloyd seit 30 Jahren, es wäre vergebens, zu präbendiren oder demonstrieren zu wollen, daß der Lloyd in seinen statuarischen Anlagen oder in seiner Administration ein Modell sei, allein die vorgebrachten Inkriminationen erinnerten ihn wunderbar an jenes fadenscheinliche Mäntelchen, mit welchem an anderen Orten Neid, Rivalität und Eigennutz ihre Zwecke zu verhängen bestrebt sind. Die gemachten Angaben, die sehr böse aussehn, seien nicht bewiesen, er wolle deshalb auf dieselben nicht näher eingehen. Im Großen tönten zwei Vorwürfe aus der Debatte hervor, erstens der Lloyd sei ein Monopol und zweitens er schlage jede Konkurrenz todt und sei ein Hemmnis für die Entwicklung der Dampf- und Segel-Schiffahrt.

— Seitdem er die Ehre habe, das Portefeuille der Marine zu führen, habe er sich Mühe gegeben, aus derselben die letzten Ueberbleibsel dessen, was man Monopol nennt, auszurotten. Beweis dessen das Gesetz über die Tonnen-, Sanitäts- und Kontingenzgebühren, mit welchem dem Privilegium des Nichtzahlens dieser Gebühren ein Ende gemacht wurde. Die daraus dem Lloyd erwachsenden Lasten betragen jährlich 80—100.000 fl. Ebenso erkläre das Gesetz über den periodischen Personentransport, welches auch in dieser Session erledigt wurde, daß jedes Monopol, welches dem Lloyd als Seepostinstitut aus diesem Titel zugekommen war, aufhöre. Früher wurden auch die inländischen Linien des Lloyd in das Subventionirungssystem einbezogen, auch das höre mit dem Abschluß des Postvertrages auf. Der Lloyd könne durch die Subvention, die er genossen, sich durchaus kein Monopol in den Frachtfähren erzwingen, da er thatsächlich zwei englische und eine italienische Gesellschaft in Triest und in den Haupthäfen der österr. Monarchie zu Konkurrenten hat. Auch der Vorwurf, der Lloyd ruinire die Segelschiffahrt, sei unbegründet. Als der Lloyd entstand, war der Gesamttonnengehalt der Schiffe, welche in den österr. Häfen aus- und einfuhren, 162.847 Tonnen, Ende 1863 war das Totale 285.076 Tonnen. Die Schiffahrtsbewegung hat sich daher seit Gründung des Lloyd mehr als verdoppelt. Damals war der Werth der verfrachteten Güter 138 Mill., Ende 1863 287 Mill. Bezüglich desjenigen Theils der Güterverfrachtung, welche durch die Segelschiffahrt vermittelt wurde, ergebe sich das Resultat, daß sich auch diese verdoppelt habe. Man habe gesagt, daß das Monopol des Lloyd der Grund sei, weshalb eine zweite Gesellschaft in Oesterreich nicht aufkommen könne. Diese Behauptung sei ebenfalls unbegründet. Es hätten sich wohl in den letzten zwei Jahren mehrere Gesellschaften gemeldet, u. z. für das mittelländische Meer, die Nordsee und den atlantischen Ozean, aber alle verlangten Subventionen. Eine andere Gesellschaft, die sich im vorigen Jahre meldete, begehrte ebenfalls staatliche Unterstützung. Vor Kurzem hat ein Rheeder um die Konzession zu einer Dampf-Schiffahrtsgesellschaft auf Grund eines Vermögens von 10 Mill. hin sich beworben.

Die Regierung bezieht sich, die Konzession zu ertheilen, sie muß aber warten, ob sich die Mittel finden, das, was auf dem Papiere steht, in's Thatsächliche zu übersezen. Dieß werde aber kaum der Fall sein, denn die Mittel unserer Küste seien viel zu schwach, um größere Dampf-Schiffahrt-Unternehmungen gründen zu können. Er sei weit entfernt, die Sache des Lloyd in allen Theilen führen zu wollen, aber er glaube, hier wie überall, liege die Wahrheit in der Mitte. Wenn man dem Lloyd die Subvention entzieht, so kassire man die Idee einer österr. Dampf-Schiffahrt an unseren Küsten und zur Verbindung der österr. Küste mit der Levante. Die Folge davon wäre ein Rückgang, während alle Seenationen vorwärts gehen. Der österr. Adler würde aus den Meeren verschwinden, denn einer der wenigen Träger unseres politischen Einflusses im Oriente sei der Lloyd; wir kämen auch außer Verbindung mit den vielen Inseln unserer Küste und der ganze Transport fiele in rivalisirende Hände. Der Minister betont weiter die Höhe des vom Lloyd vermittelten Waarenverkehrs, vergleicht die Kosten der Palettschiffahrt mit jenen der Merkantilschiffahrt und rechtfertigt die ursprünglich von der Regierung aufgestellte Ziffer der Subvention. Der Minister vergleicht die Weisengelder, welche andere Regierungen ihren Schiffahrtsgesellschaften zahlen mit den unserigen und zeigt, daß der Lloyd von Allen am wenigsten erhalte. Darans resultire, daß der Antrag der Regierung auf dem richtigen Maßstab beruhe, daß aber jedenfalls die von der Ausschlußmajorität vorgenommene Reduktion



auf 2 Millionen das Extrem ist, bis zu welchem gegangen werden kann. Er könne daher nur das Haus bitten, den Antrag der Majorität des Ausschusses anzunehmen.

Berichterstatler Dr. Mühlfeld behält sich vor, auf einzelne Bemerkungen, so wie auf den Antrag der Minorität erst in der Spezialdebatte näher einzugehen und widerlegt einige allgemeine gegen den Lloyd gerichtete Bemerkungen, namentlich die Auffassung, als ob der Lloyd ein Monopol sei und namhafte Privilegien habe.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

## 76. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 10. Juni.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Vasser, Plener, Hein, Burger, Sektionschef v. Kalchberg, Ministerialrath Gobbi (Finanzministerium), Ministerialsekretär Depretis (Marineministerium).

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkünfte wird zur Tagesordnung geschritten. — Auf derselben steht die Spezialdebatte des Gesetzes über das dem Lloyd für den Seepostdienst zu leistende Entgelt.

Berichterstatler ist Abg. Mühlfeld.

Zu Artikel I (aus Anlaß des abgelaufenen Postvertrages wird dem Lloyd für die Besorgung des Seepostdienstes ein Entgelt vertragmäßig zugesichert, wie die folgenden Artikel bestimmen) ergreift

Abg. Sabil das Wort. Wie er es in der Generaldebatte gethan, bekämpft er auch jetzt jede Subventionirung des Lloyd, welcher eine Privatgesellschaft ist, die man ihrem Schicksal überlassen soll. Die Finanzlage des Staates gestatte solche Subventionirungen nicht und nach den letzten Erläuterungen des Finanzministers sei mehr als je an das Haus die Nothwendigkeit herangetreten, die Ausgaben einzuschränken. Redner vermißt die genaueren Angaben über das Porto-Erträgniß der durch den Lloyd beförderten Briefe und Postpakete, ferner die Vorlage des Postvertrages vom Jahre 1850 und stellt schließlich den Antrag, der Bericht sei an den Ausschuss zurückzuweisen und die Regierung zu ersuchen, diese Dokumente dem Ausschuss vorzulegen.

Bei der Unterstützungsfrage erhebt sich nur der Antragsteller, worauf Artikel I nach dem Ausschussantrage angenommen wird.

Artikel II normirt das Entgelt mit zwei Millionen. Zu diesem Artikel ist das Minoritätsvotum, das Entgelt mit 1,800.000 fl. festzusetzen eingebracht. Das Minoritätsvotum wird unterstützt.

Berichterstatler Dr. Mühlfeld empfiehlt nochmals den Antrag der Majorität, benützt die Gelegenheit, nun abermals einige irrige Anschauungen, namentlich des Berichterstatlers der Minorität auf das richtige Maß zurückzuführen.

Abg. Skene (Berichterstatler der Minorität) überläßt es dem Hause zu beurtheilen, ob nicht die Bilanz der Gesellschaft, welche jährlich der Generalversammlung vorgelegt wird, bei Beurtheilung des Vermögensstandes am maßgebendsten sei. Diese aber zeige ein stetiges Steigern des Vermögens des Lloyd. Redner weist zur Unterstützung des Minoritätsvotums auf das hin, was er zu dessen Gunsten in der Generaldebatte sagte, und begnügt sich nur einige der von den Vertretern der Majorität vorgebrachten Argumente zu widerlegen.

Abg. Brestl weist darauf hin, daß die Summe von 2 Millionen nur eine Maximalsumme sei. Die Minorität habe diese Maximalsumme herabgesetzt, dabei aber anerkannt, daß die Ansätze der Meisengelder nicht zu hoch sei. Es werde auch Niemand verkennen, daß die Regierung, wenn sie den Seepostdienst selbst in die Hand nehmen würde, mit dem Betrage von 2 Millionen nicht ausreichen würde. Konstatirt sei, daß das Defizit des Lloyd in den letzten Jahren durchschnittlich 1,500.000 fl. betragen habe. Dazu müsse man noch rechnen, daß die Aufhebung der Befreiung von See- und Tonnengebühren, so wie mannigfacher anderer Belastungen, ferner der Entgang des Agiogewinnes der Gesellschaft eine weitere Auslage von 200.000 fl. machen. Rechnet man noch die Zinszahlungen dazu, so ergibt sich, daß die Summe von 2 Millionen jene Ziffer ist, welche der Lloyd zu seinem Fortbestande bedarf. Er befürwortet die Annahme des Majoritätsantrags.

Abg. Schindler erwidert dem Abg. Sabil, daß die Dampfschiffahrt für den Süden eben so wichtig sei, wie die Eisenbahnen im Norden. Er macht darauf aufmerksam, wie widersprechend die Beschuldigungen sind, die dem Lloyd gemacht werden. Einer macht ihm den Vorwurf, daß er ein Monopol ist, ein Anderer wieder den, daß er die Tarife der Seegelschiffahrt herabdrückt. Was könne man von der Konkurrenz besser erwarten? Die Einen sagen, daß er so fallit ist, daß man sich von demselben zurückziehen muß, die Andern machen ihm den Vor-

wurf, daß er durch die Subvention zu reich werde, und so gehe das fort. Man müsse in dieser Frage einen höheren politischen Gesichtspunkt festzuhalten suchen. Man betrachte die Bestrebungen anderer Staaten zur See, namentlich die Italiens, die Befestigungsarbeiten in Ancona etc. und man werde einsehen, daß man den Lloyd im Interesse des Reiches erhalten müsse. Er unterstütze daher den Antrag der Majorität.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatlers der Majorität wird zur Abstimmung geschritten und Artikel II nach dem Antrage der Majorität angenommen.

Artikel III (Befreiung der Postpaketboote des Lloyd von den Konsularschiffsgebühren und der zum eigenen Dienstgebrauche bestimmten Druckorten, innerhalb des Zollgebietes von der Zollerhebung) wird ohne Debatte angenommen.

Artikel IV enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche in den Vertrag aufzunehmen sind.

Punkt I normirt die Vertragsdauer auf den Zeitraum vom 1. Jänner 1865 bis Ende Dezember 1871.

Berichterstatler theilt die Motive mit, welche den Ausschuss veranlaßten, die in der Regierungsvorlage auf 14 Jahre präliminirte Vertragsdauer (mit dem Vorbehalt der Vertragsrevision nach 7 Jahren) auf 7 Jahre herabzusetzen.

Abg. Cerne bezieht sich auf das, was er in der Generaldebatte über die volkswirtschaftlichen Schäden, deren Ursache der Lloyd sein soll, gesagt hat, weshalb nach seiner Ansicht der Vertrag auf die möglichst kurze Zeit abgeschlossen werden müsse. Redner sucht noch nachzuweisen, daß einige Linien, zu welchen der Lloyd verpflichtet werden soll, ganz außer dem österreichischen Interesse liegen, wie z. B. Konstantinopel-Kustendje. Ebenso seien einige der angeführten Linien parallel, weshalb die Kosten verdoppelt werden.

Redner spricht unter andern den Wunsch aus, daß auch eine regelmäßige Paketschiffahrt nach Algier-Radix und Vera-Kruz eingerichtet würde. Redner schließt mit dem Antrag, die Vertragsdauer bis Ende Dezember 1868 festzusetzen; ferner den Zusatz zu machen: „und es werden nach Ablauf dieser Zeit die Seepostdienste im Wege der Konkurrenz hintangegeben werden.“ (Der erste Antrag wird unterstützt, der Zusatzantrag aber bleibt ohne hinreichende Unterstützung.)

Der Berichterstatler bekämpft die Anträge Cerne's.

Marineminister Freiherr v. Burger wendet sich gegen den Antrag Cerne's und sagt, es sei dieß ein Antrag, wie er in keinem Theile Europa's und der Welt, wo Seestaaten sind, je vorgebracht worden ist. Der Minister weist auf die Enquête hin, welche vor kurzem in England stattgefunden hat, um den mittleren Maßstab zu bestimmen, nach welchen man Dampfschiffahrtsgesellschaften zu behandeln hat, wenn sie Paketdienste zu besorgen haben. Ueberall, wo eine ähnliche Frage ventilirt wurde, sei der Grundsatz anerkannt, daß Verträge mit Dampfschiffahrtsunternehmungen regulär 20 Jahre zu dauern haben, weil sonst eine merkantile Konvenienz nicht möglich wäre.

Die englische Enquête-Kommission sagte, daß jeder kürzere Vertrag eine Prämie auf schlechtem Bau oder schlechten Dienst sei, oder daß man sich exponire mehr zu zahlen. England, Frankreich, Piemont und Amerika haben solche Verträge auf 15 bis 20 Jahre abgeschlossen. Die Regierung habe zwar 14 Jahre festgestellt, sich jedoch nach Ablauf von 7 Jahren derart freie Hand zu einer Revision behalten, daß dem Lloyd eigentlich nur für 7 Jahre der Vertrag zugesichert ist, und sie nehme daher keinen Anstand, dem Antrage des Ausschusses beizutreten. Man sagt, nach 4 Jahren soll man den Weg der Konkurrenz betreten, aber wie er schon in der Generaldebatte versicherte, sei gar keine Aussicht vorhanden, daß in dieser Zeit irgend ein größeres Unternehmen entstehen werde. Um die Linien zu versehen, welche der Lloyd befährt, brauche man mindestens 25 Dampfer und Niemand werde glauben, daß in den nächsten vier Jahren sich eine Gesellschaft mit 45 Dampfschiffen, wie man sie zum Paketdienst braucht, gebildet haben werde. Wenn man dem Lloyd nur die Galgenfrist von 4 Jahren gibt, mit der Aussicht, ihn dann fallen zu lassen, dann sei derselbe nicht in der Lage schlechte Jahre mit guten auszugleichen und werde dem Ruine entgegengeführt. Fällt er aber, dann werden diejenigen, die nicht die Mittel haben, ein solides Dampfschiffahrtsunternehmen zu gründen, sich an den Trümmern desselben bereichern und dann einen Kontrakt offeriren, in welchem dieselbe Subvention, wie der Lloyd — denn diese ist die einzig rationelle — verlangt wird. Es sei also kein Grund vorhanden, eine so ganz exzeptionelle Dauer für eine Dampfschiffahrtsunternehmung von so kolossaler Dimension zu fixiren und deshalb empfehle er die Annahme des Ausschussantrages.

Bei der Abstimmung wird Punkt 1 des Art. IV nach dem Ausschussantrage angenommen.

Punkt 2 zerfällt in mehrere Absätze.

Absatz 1, in welchem die Linien normirt sind. Absatz 2. Modalitäten der Rückzahlung des Staatsvorschusses von 3 Millionen. (Bereits mitgetheilt.)

Absatz 3. Werthabschreibung bei den Dampfschiffen mit 5 pCt.

Absatz 4. Die von dem Jahresträgnisse vor Entrichtung der Zinsen und Superdividende zu machenden Abzüge.

Absatz 5. Eine die 4prozentigen Zinsen des Aktienkapitals übersteigende Dividende kann erst nach Deckung des Defizits zu 1,633.382 fl. ausbezahlt werden.

Absatz 6. Kontrolle durch den kais. Regierungskommissär.

Absatz 7. Aenderung der Statuten dem vorliegenden Gesetze gemäß.

Alle Absätze werden ohne Debatte angenommen.

Ebenso wird Artikel V (Vollzugs Klausel) ohne Debatte angenommen.

Ueber Antrag des Berichterstatlers wird das Gesetz sogleich in dritter Lesung endgültig zum Beschluß erhoben.

Abg. Taschel ergreift das Wort zu einem Dringlichkeitsantrage. Dem Finanzausschusse wurde nämlich eine Nachtragsforderung pr. 300 fl. für Vermehrung der Lokalitäten des Herrenhauses zur Vorberathung zugewiesen. Redner ersucht das Haus, mit Umgehung aller Förmlichkeiten sogleich den Bericht erstatten zu dürfen. — Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Der Antrag des Finanzausschusses, den verlangten Betrag zu bewilligen und nachträglich in das Budget einzustellen, wird angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

## Oesterreich.

Wien, 10. Juni. Der Finanzausschuss nahm in seiner heutigen Sitzung den Bericht des Sub-Comité's über die vom Finanzminister eingebrachte neue Kreditvorlage entgegen.

Dr. Herbst referirte und begründete folgenden Antrag des Sub-Comité's:

„Das Comité hält dafür, es könne dem Hause das Eingehen in eine Kreditbewilligung überhaupt so lange nicht anempfohlen werden, als nicht die verfassungsmäßige Feststellung für 1865 erfolgt ist; es sei jedoch das Comité zu beauftragen, sofort in die Prüfung der Vorlage einzugehen, und habe dasselbe dabei sowohl materiell die einzelnen Posten zu würdigen, als auch den Gesetzentwurf durch Aufnahme jener Garantien zu ergänzen, welche geeignet sind, Vorgänge, wie sie in den Jahren 1863, 1864 und 1865 stattfanden, in Zukunft unmöglich, sowie den Grundsatz der Verfassung, daß die Staatsschuld unter die Kontrolle des Reichsrathes gestellt wird, und daß Staatsschulden nur über vorausgegangene Zustimmung des Reichsrathes kontrahirt werden dürfen, zur Wahrheit zu machen.“

Abg. Skene stellt mehrere materielle, auf die Behebung der Finanznoth abzielende Anträge:

1. Uebernahme der Banknoten von 1 fl. und 5 fl. für Rechnung des Staates;

2. Siftirung der Amortisation mit Ausnahme der Spielanleihen;

3. die Beantragung einer Adresse an Se. Majestät, welche ausführt, daß von der bestehenden Verwaltung die Regenerirung Oesterreichs nicht zu erwarten sei.

Graf Kinsky stellt folgenden Antrag:

„Das Sub-Comité wird beauftragt, zugleich mit dem Berichte über die gegenwärtig in Verhandlung stehende Gesetzesvorlage dem Finanzausschusse Anträge darüber vorzulegen, wie im Wege der Gesetzgebung und als Vorbedingung für die Bewilligung des beanspruchten Kreditgarantien zu erlangen wären, daß

a) dem Mißbrauche des §. 13 des Februar-Patentes in Zukunft vorgebeugt;

b) durch eine entsprechende Reduktion der Flotte und des Kriegstandes der Armee die Dauer der Regelung des Staatshaushaltes ermöglicht;

c) die rechtsgiltige Kontrahirung von Staatsschulden was immer für einer Art von der Bewilligung des Reichsrathes abhängig gemacht werde.“

Schindler will, daß das Gesamtministerium zu den Verhandlungen vorgeladen werde, da er der Ansicht sei, daß nicht der Finanzminister allein die gegenwärtige Finanzlage herbeigeführt, vielmehr das Vorgehen des gesamten Ministeriums hiezu wesentlich mit beigetragen habe.

Winterstein ist der Ansicht, daß die vom Finanzminister geforderten 116 Millionen nicht ausreichen, um den sich ergebenden Abgang zu decken; eine Ansicht, welcher sich der Berichterstatler Dr. Herbst ebenfalls anschließt.



Der Finanzminister — der einzige Vertreter der Regierung, welcher im Finanzausschusse bei der heutigen Sitzung erschienen war — rechtfertigte die bedeutenden Abgänge mit dem unerwarteten Zurückbleiben der Einnahmen und den nicht vorhergesehenen Auslagen, welche der schleswig-holstein'sche Krieg verursachte, und widerspricht den Behauptungen der Abgeordneten Herbst und Winterstein, daß die Summe von 116 Millionen nicht ansehnlich sei, wobei er sich besonders dagegen verwahrt, daß von Seite des Ministeriums irgend etwas verheimlicht sei.

Baron Ingram will an die Bewilligung einer Anleihe die Bedingung geknüpft wissen, daß die Tragweite des §. 13 festgestellt, und ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit vorgelegt werde.

Dr. Taschel stellt den Antrag, der Finanzausschuß möge den vom Sub-Comité ausgesprochenen Grundsatz dem Hause zur genehmigenden Kenntnissnahme vorlegen.

Nachdem die Abgeordneten Skene und Graf Kinsky erklärten, daß sie damit einverstanden seien, wenn ihre Anträge dem Sub-Comité zugewiesen werden, kommt der Antrag des Sub-Comité's zur Abstimmung.

Der erste Theil des Antrages, die Kreditbewilligung bis zur Feststellung des Budgets für 1865 zu verschieben, wird mit 22 gegen 4 Stimmen — Hagenauer, Stamm, Steffens, Streit — der zweite Theil des Antrages einstimmig angenommen.

## Rusland.

München, 10. Juni. „Tristan und Isolde“ ist endlich heute aufgeführt worden. Der König wurde mit Applaus empfangen. Im ersten und zweiten Akt Applaus und Rufen, im dritten wurde Wagner gerufen. Für die Gallerie waren Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Wie aus Weimar vom 7. Juni geschrieben wird, hat die Generalversammlung der Schiller-Stiftung Rückkehr zu den alten Statuten beschlossen, die Öffentlichkeit verworfen und als Berort Wien gewählt.

Aus Berlin vom 9. Juni schreibt man dem „N. Frblt.“: „In Folge der Sitzung des preussischen Ministerrathes vom 29. v. Mts. ist in der Politik Preußens eine entscheidende Wendung erfolgt, welche Sie ohne Zweifel schon aus dem steigend insolenten Tone besonders der offiziellen Korrespondenten gegen Oesterreich entnommen haben werden. Der Schlüssel dazu ist, daß der Großherzog von Oldenburg seine Ansprüche auf die Herzogthümer an Preußen verkauft hat, und daß Preußen entschlossen ist, seine somit verstärkten eigenen Ansprüche mit dem Schwerte durchzusetzen. Die wachsende Verlegenheit Bismarck's im Innern läßt ihm auch in der That kaum einen andern Ausweg. Der nächste Gewaltschritt wird gegen die Person des Herzogs von Augustenburg gerichtet sein, und hofft man Oesterreich entweder durch Drohungen zur Nachgiebigkeit zu zwingen oder zur Gegenwehr zu provociren. Die Depeche wegen des italienischen Handelsvertrages steht mit diesem ganzen Plane in engster Verbindung. Bismarck will zwar glauben machen, er vertrete die Allianz mit Oesterreich und somit die Friedenspartei, aber es läßt sich hier Niemand durch solches Vorgehen täuschen.“ (Abwarten! D. R.)

Magdeburg, 9. Juni (Mittags). Soeben wurde der Landtag durch den Landmarschall eröffnet. Das Präsidium wird dem Landtage das Antwortschreiben des Herrn v. Bismarck auf die Adresse der Ritterschaft und Landschaft mittheilen. Die Sitzung ist geheim.

Paris, 10. Juni. Soeben verbreitet sich die Nachricht, daß in Haiti ein neuer Aufstand ausgebrochen ist, um den Süden der Insel vom Norden zu trennen und den Anschluß an Santiago zu bewirken. New-Yorker Briefe melden, das Unternehmen sei bereits erstickt. Man will in Kaiser Napoleons Proklamation an die Soldaten in Algier Anspielungen gegen das Verfahren der Union finden.

Mexiko. Der Dampfer „Brasilian“ mit dem aus 1150 Mann bestehenden Reste des österreichischen Freiwilligenkorps für Mexiko ist am 4. Mai wohlbehalten in Vera-Cruz eingetroffen. Wir entnehmen diese Nachricht einem Schreiben eines Offiziers dieses Korps, welcher die Reise des Brasilian wie folgt schildert: „Das Schiff lichtete, wie bekannt, am 29. März in Triest die Anker. Es war sehr überfüllt, daher die Mannschaft während der ganzen Reise schwere Leiden zu erdulden hatte. Am 6. April des Morgens fuhr der Brasilian in den Hafen von Gibraltar ein, und setzte, nachdem Kohlen eingenommen worden waren, die Reise fort. Mitten auf dem Ocean wurde das Osterfest gefeiert. Um neun Uhr Morgens am Ostersonntage waren Offiziere und Mannschaft am Hinterdeck des Schiffes zum Gottesdienst versammelt. Ein ehemaliger Pfarrer, gegenwärtig Museums-Ber-

walter des Kaisers Max, hielt eine Ansprache, in welcher er die durch die Leiden der Ueberfahrt erregten Gemüther der Freiwilligen zu beruhigen suchte. Es gelang ihm das auch, und manches der Thänen ungewohnte Auge wurde bei seiner Erinnerung an die Heimat naß. Nach siebzehntägiger, von gutem Wetter begünstigter Reise traf das Schiff in Martinique ein. Beim Einlaufen in den Hafen spielte die Musik des Korps, die Freiwilligen drückten ihre Freude über die Beendigung der qualvollen Reise aus, indem sie deutsche, slavische, ungarische und italienische Lieder sangen; am Ufer tanzten Neger und Negerinnen zu den Klängen der Musik, und waren französische Soldaten zum Empfang der Ankommenden aufgestellt, während aus dem Fort kriegsgefangene Mexikaner giftige Blicke auf das Schauspiel warfen. Wahrlich, eine Musterkarte von Nationalitäten, wie man sie sich nicht bunter denken kann. Am 4. Mai, wie erwähnt, fand die Ankunft in Vera-Cruz Statt. Der Gesundheitszustand der Mannschaft war gut. Die Ankommenden empfing jedoch eine schlimme Botchaft. Zahlreiche Freiwillige der früher angelangten Abtheilungen des österreichischen Korps waren aus Ursachen, die zu erforschen die Ankömmlinge vorläufig nicht gelüstete, desertirt. Die Disciplin scheint manches zu wünschen übrig zu lassen, und es war daher das Standrecht für Deserteure und Uebertreter der Subordinations-Vorschriften publizirt. Wer entweicht, wird, wenn eingefangen, gehängt, wenn er selbst zurückkehrt, erschossen; wer die Subordination verletzt, wird gehängt. Von Vera-Cruz geht auch die letzte Abtheilung der österreichischen Freiwilligen nach Puebla in Garnison.“ (Pr.)

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 13. Juni.

Am Laibacher k. k. Gymnasium ist eine ordentliche Lehrerstelle für Physik und Mathematik mit dem Gehalte jährlicher 945 fl. und dem Vorrückungsrechte in die höhere Gehaltskategorie von 1050 fl. ö. W. und dem Ansprüche auf Dezzennalzulagen zu besetzen. Konkurs-Termin bis Ende Juni d. J.

— Gestern Abend, als am Vorabend des Namensfestes des Direktors der philharm. Gesellschaft Landrath Dr. Anton Schöppel, versammelten sich die Sänger des Männerchors zu einem „Sängerabend“ zu Ehren des gefeierten Vorstandes im Gasthausgarten des Florian Fischer. Es war ein gemüthliches, durch echt familiären Ton ausgezeichnetes Fest. Chöre, Quartette, heitere und ernste Tischreden wärmten den Abend. Den ersten Toast brachte Herr v. Maab aus auf den Direktor, welcher denselben dankend erwiderte und bei dieser Gelegenheit seine Freude aussprach über den Geist der Zusammengehörigkeit und der Liebe zur Kunst, die alle Sänger befeele, und die unserem ganzen Lande zu Ruhm und Fromm fortblühen möge. Hierauf folgte der zweite Toast auf den Chormeister Nedved, der ebenfalls sein Namensfest feierte, der dritte auf den Tafelmeister Anton Dolezal. Eine hervorragende Episode des Abends bildete ein von Dr. Reesbacher angebrachter, mit Jubel aufgenommenen Toast auf den anwesenden ehemaligen Direktor der philharm. Gesellschaft Dr. H. Costa, der die Direktion zu einer Zeit führte, wo es ihm, wie Nedved meinte, nicht gegönnt war, seine Freude über das Blühen des Vereins auszusprechen, sondern der die hinstorbende Gesellschaft einstens vom Untergange gerettet. Herr Oberamts-Direktor Costa antwortete in herzlichen Dankesworten. Lebhaften Anklang fand ein Toast auf Herrn Eder, als das älteste Mitglied des Männerchors. Herr Eder singt bereits 33 Jahre in der Gesellschaft. Ein Toast auf die Gäste (über 100 Personen waren anwesend) und auf die Frauen durfte nicht fehlen an einem Abend, an welchem Gemüthlichkeit und Sängerehre ein Fest feierten. Unendlichen Jubel rief auch hervor ein Toast auf Herrn Eder aus Idria, ein Comitemitglied des einstigen Sängeresfestes in Idria, und auf die Idrianer. So schloß sich dieses Fest würdig den Festen an, welche die Sänger aus ähnlichem Anlasse schon oft feierten.

— Aus Oberkrain wird uns geschrieben: Auf unseren Straßen, die sonst so öde und einsam sind, wird es lauter und lebhafter; in Belbes sind bereits einige Gäste eingetroffen; doch halten wir dafür, daß, wie eine Schwalbe keinen Sommer macht, so auch mit den wenigen Gästen die Saison dort noch nicht begonnen hat. Uebrigens hoffen wir, daß die herrlichen Sommertage, welche wir jetzt und heuer überhaupt so reichlich genießen, bald die Ufer des romantischen See's beleben werden.

Ueber unsere Auswanderer haben wir Nachrichten aus Bremen vom 26. Mai, worin der Schiffs-Agent Jan Busel — wie es scheint ein Südlave — einem hiesigen Kaufmann mittheilt, daß „seine Landsleute“, die Herren Kößman (?) und Plemel mit Gesellschaft am 17. Mai mit dem „rühmlichst bewähr-

ten“ Segelschiffe „Stella“ nach New-York abgereist sind. Er bedauert, daß ihm einige von der Parthie abtrünnig geworden und sonach in Hände gerathen seien, in welchen er sie „gar nicht gerne“ gesehen habe. Vermuthlich hatten diese eine billigere Ueberfahrt kontrahirt und sich so die Mißgunst des Herrn Jan Busel zugezogen, dem viel daran gelegen scheint, daß seine „Landsleute“ durch ihn über's Meer spedirt werden.

Es hat sich hier eine kleine Schaar zusammengefunden, die den Triglav besteigen will; die heurigen Witterungsverhältnisse scheinen diesem Unternehmen sehr günstig. Sollte der Zuli sich so brav aufführen, als der Blüthenmond, so ist das Gelingen gesichert. Vielleicht findet das Projekt auch weiterhin Anklang, dann wäre die Parthie umso anregender und interessanter. Jedenfalls werden wir mittheilen, wie es uns in der Region des ewigen Schnees ergangen. Woher kommt es überhaupt, daß Triglav-Parthien so selten sind und immer seltener werden? Unstreitig zählt doch dieser Punkt zu den interessantesten der österreichischen Alpenkette, und die Ersteigung, wenn man nur schwindelfrei und gut zu Fuße ist, bietet keine so großen Schwierigkeiten mehr. Wenn wir diese Frage anregten, so geschah es nur, um auch im Allgemeinen unserer Verwunderung Ausdruck zu geben, wie so manche herrlichen Gegenden unseres schönen Vaterlandes, namentlich von Krainern selbst so wenig besucht werden, so wenig gekannt sind. Wir meinen damit namentlich das herrliche Wurzenener Save-Thal von Dobrava bis Weißenfels (bela pec), das allein in seiner stillen Verborgenheit so großartige Naturschönheiten bietet, daß es auch vermöge seines Gebirgscharakters Vergleiche mit der Schweiz nicht zu scheuen braucht.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

### Original-Telegramme.

Wien, 13. Juni. Das Allerhöchste Handschreiben ddo. Ofen 8. Juni, betreffend die Aufhebung der Militärgerichte in Ungarn, ist erschienen.

Die Arbeiter-Industrie-Ausstellung wird am 1. August eröffnet.

Paris, 11. Juni. Gestern wurde das Budget mit 238 gegen 6 Stimmen angenommen.

Paris, 10. Juni (Abends). Der Kaiser ist heute um halb 6 Uhr Abends in den Tuilleries eingetroffen; er wurde von der Kaiserin und dem kaiserlichen Prinzen in Fontainebleau erwartet. Zum Empfang des Kaisers hatten sich Massen der Bevölkerung eingefunden; die Häuser waren decorirt.

## Markt- und Geschäftsberichte.

Krainburg, 12. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 65 Wagen mit Getreide.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 4.05; Korn fl. 2.90; Gerste fl. —; Hafer fl. 1.90; Halbfrucht fl. —; Heiden fl. 2.80; Hirse fl. 3.—; Kukuruz fl. 2.80; Erdäpfel fl. —; Linsen fl. —; Erbsen fl. —; Fisolten fl. 3.20; Rindschmalz pr. Pfund fr. 45; Schweineschmalz fr. 46; Speck, frisch fr. 34, detto geräuchert fr. 44; Butter fr. 36; Eier pr. Stück fr. 1½; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 17; Kalbfleisch fr. 18; Schweinefleisch fr. 20; Schöpfenfleisch fr. 14; Hähnchen pr. Stück fr. 25; Tauben fr. 10; Hen pr. Ztr. fl. 1.60, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.10, detto weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

Neustadt, 12. Juni.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 4.50; Korn fl. 2.90; Gerste fl. 2.40; Hafer fl. 1.80; Halbfrucht fl. 3.40; Heiden fl. —; Hirse fl. 3.—; Kukuruz fl. 3.10; Erdäpfel fl. 1.60; Linsen fl. 4.80; Erbsen fl. 4.16; Fisolten fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund fr. 40; Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. —; detto geräuchert fr. 35; Butter fr. 45; Eier pr. Stück fr. 1; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 20; Kalbfleisch fr. 14; Schweinefleisch fr. —; Schöpfenfleisch fr. 15; Hähnchen pr. Stück fr. 30; Tauben fr. 18; Hen pr. Ztr. fl. 2.—, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5.—, detto weißer fl. 4.—.

### Korrespondenz der Redaktion.

Herrn L. D. in Apling: Der Aufsatz ist willkommen, wollen Sie ihn nur bald senden. Herrn ? in Stein: Warum so lange schweigsam?



## Telegraphische

## Effekten- und Wechsel-Kurse

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 12. Juni.

5% Metalliques 70.05	1860-er Anleihe 91.35
5% Nat.-Anl. 75.10	Silber . . . 106.75
Bankaktien 799.-	London . . . 108.50
Kreditaktien 180.50	K. k. Dufaten 5.16

## Fremden-Anzeige

vom 10. und 11. Juni.

## Stadt Wien.

Die Herren: Leber, Handlungs-Agent, von Gili. — Zehngruber, Agent, von Graz. — Mantel und Kuppe Handelsleute, und Erster von Vetticher. — Kanig, Agent, und Dr. Kasser von Wien. — Wenzels v. f. f. Bezirks-Vorsteher, von Triest. — Ostermann, Waisenbeamte von Gratz.

Fran Schreiner von Klagenfurt.

## Elephant.

Die Herren: v. Otto, f. preuß. Kammerath, von Laubach. — Kellner, Bäcker, von Kollan. — Stefan, Eisenbahnbeamte, und Asperger, Expeditor, von St. Peter. — Ruprecht von Laas. — Baron Kempfer. — Gentili, Ass.-Anwaltsbeamte, von Triest. — Süß, Kaufmann, von Wien. — Oder, f. f. Kontrolleur, von Jaria.

## Bayerischer Hof.

Die Herren: Dr. Lamprecht von Padua. — Kramberger, Weinbändler, von Pettau. — Osana, Wirth, von Prevald.

(1146) Nr. 2734 merc.

## Firma-Protokollirung.

Bei dem k. k. Landes- als Handelsgerichte Laibach ist unterm 3. Juni l. J. die für eine Schnitt-, Tuch- und Modewaaren-Handlung in Laibach bestehende Firma **Philipp Gärtner** und die von der Eigenthümerin dieser Firma Frau **Caroline Köhler** dem Blasius Zegner ertheilte Procura in den Registern für Einzelsfirmen gelöscht und dafür die Firma:

## B. Zegner

des Firma-Inhabers Blasius Zegner eingetragen worden.

K. k. Landes- als Handelsgericht Laibach am 3. Juni 1865.

(1145—1) Nr. 2806 civ.

## Bekanntmachung

an den unbekannt wo befindlichen Herrn Leopold Schweighofer, pens. f. f. Steuer-Einnehmer.

Das k. k. Landesgericht gibt dem unbekannt wo befindlichen Herrn Leopold Schweighofer, pens. f. f. Steuer-Einnehmer hiemit bekannt, daß der Bescheid vom 22. April l. J., 3. 2011, womit über Ansuchen

des Herrn Karl Herzel die Löschung der für Leopold Schweighofer haftenden Kautions-Urkunden ddo. 22. Mai 1844 und 16. Jänner 1850 bewilligt wurde, dem für ihn in der Person des Herrn Dr. Rudolf bestellten Kurator zugestellt worden sei. K. k. Landesgericht Laibach am 3. Juni 1865.

(1188—1) Nr. 2977.

Dritte  
exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Landesgerichte Laibach wird mit Bezug auf das Feilbietungs-Edict vom 9. Mai l. J., 3. 2294, bekannt gemacht, daß die zwei ersten in der Rechtsache des Herrn Thomas Votschniker wider die Ehegatten Jakob und Agnes Hitti pcto. 400 fl. ö. W. sammt Anhang auf den 12. Juni, und 10. Juli l. J. anberaumten Feilbietungstagsatzungen dem Einverständnisse beider Theile gemäß nicht stattfinden, sondern als abgethan erklärt werden, und es demnach nurmehr bei der dritten auf den

14. August l. J.

angeordneten Tagsatzung sowohl rückfichtlich der Realitäten, als auch rückfichtlich der Fahrnisse sein Verbleiben habe.

Laibach am 10. Juni 1865.

(1095—2) Nr. 7674.

## Uebertragung

## 3. exekutiver Feilbietung.

Vom k. k. städt. deleg. Bezirksamte Laibach wird hiemit bekannt gemacht, es sei die mit Bescheid vom 6. Februar 1865, Nr. 2072, auf den 17. d. M. angeordnete 3. exekutive Feilbietung der der Maria Smole und dem Johann Rogmür von Brunnendorf gehörigen Realität Urb.-Nr. 75 ad Sonegg auf den

30. August l. J.,

Vormittags 9 Uhr, mit dem vorigen Anhang übertragen worden.

K. k. städt. deleg. Bezirksgericht Laibach am 17. Mai 1865.

(1114—3)

In Oberschischka,  
im Schlosse Grubenbrunn,

sind neu hergestellte Sommerwohnungen mit oder ohne Möbel, dann ein Keller täglich zu vermietthen.

## Die nächste große Gewinnziehung

des k. k. Oesterr. Staats-Anlehens

vom Jahre 1858 im Betrage von 42 Millionen Gulden findet am 1. Juli d. J. Statt, in welcher die namhaften Treffer von fl. 250.000, 40.000, 20.000, 2 à 5000, 2 à 2500, 3 à 1500, 3 à 1000, 37 à 400 u. s. f. und 1550 à fl. 150 öst. W. unfehlbar gewonnen werden müssen.

Durch unterzeichnetes Großhandlungshaus sind Lose für oben benannte Ziehung gültig, gegen Einfindung des Betrages in österr. Banknoten zu beziehen, und zwar 1 ganzes Los (kein Antheilschein) zu fl. 5,  $\frac{1}{2}$  Los zu fl. 2. 50, 4 ganze Lose erlasse ich zu fl. 18, 6 Stück zu fl. 24.

Jeder Auftrag wird pünktlichst und gewissenhaft ausgeführt. Die Gewinne werden sofort nach der Ziehung baar ausbezahlt, und wird jedem Theilnehmer die Gewinnliste prompt und unentgeltlich zugesandt.

Man beliebe sich daher baldigst und direkt zu wenden an

**Joh. Friedr. Scheibel,**  
Banquier in Frankfurt a. M.  
Theaterplatz.

P. S. Ausführliche Verlosungspläne werden gratis versendet, sowie jegliche Auskunft gerne ertheilt, auch alle anderen Staatslose zu dem billigsten Preise geliefert. (1189—1)

(1066—2)

Nr. 1058.

Freiwillige  
öffentliche Feilbietung

nachstehender, im Kronlande Krain gelegener, durchgehends schuldenfreier Realitäten.

Von dem k. k. Bezirksamte Treffen, als delegirtem Gerichte, wird öffentlich kund gemacht:

Es habe über Ansuchen des Herrn **Moriz Ritter v. Besteneck**, f. f. Sectionschef im Finanzministerium und dessen Gematin Frau **Anna v. Besteneck**, in die freiwillige öffentliche Feilbietung nachstehender, im Kronlande Krain gelegener, durchgehends schuldenfreier Realitäten, und zwar:

1. Der Herrschaft Neudegg im Neuhäbdl Kreise, inliegend in der krainischen Landtafel Post-Nr. 202;
2. des ebendort sub Post-Nr. 203 eingetragenen Gutes Schneckenbichel unweit Neudegg;
3. der von der Herrschaft Kroisenbach abgetheilten Wiese bei Bresouza, die herrschaftliche Stuchwiese genannt, im Flächeninhalte von 62 Joch 84 □ Klafter in der krainischen Landtafel sub Post-Nr. 215 vorkommend;
4. der im vormaligen Grundbuche der Herrschaft Kroisenbach sub Urb.-Nr. 21 vorkommenden Dominikal-Hofmühle sammt einem dazu gehörigen Acker und Wiespfad;
5. der im ehemaligen Grundbuche des Gutes Winkel sub Reft.-Nr. 4  $\frac{1}{2}$ , Fol. 39 verzeichneten Waldtheil-Parzelle Nr. 1701 im Flächenmaße von 1474 □ Klafter;
6. der im ehemaligen Grundbuche des Gutes Winkel sub Reft.-Nr. 6 vorkommenden Mahlmühle mit einem dabei befindlichen, mit 10 fr. beansagten Rustikalgrunde;
7. des im ehemaligen Grundbuche der Herrschaft Neudegg Reft.-Nr. 3  $\frac{1}{2}$  vorkommenden Acker und der Mühle pod Gradcam P.-Nr. 52, 53ja, 53jb und 54;
8. der ebenda inliegenden  $\frac{1}{2}$ tel Hube in Laghenberg sub Reft.-Nr. 150;
9. der ebendort sub Reft.-Nr. 1  $\frac{1}{2}$  und sub Reft.-Nr. 26 vorkommenden beiden Weingartrealitäten in Johannsberg;
10. der im vormaligen Grundbuche des Gutes Schneckenbichel sub Urb.-Nr. 4 vorkommenden, mit 20 fr. beansagten Wirthshube, dann eines Dominikal-Acker und Gestripes pod Koncilio genannt;
11. der im Grundbuche des Gutes Landpreis sub Top.-Nr. 1, Prot.-Nr. 553 und sub Top.-Nr. 40, Prot.-Nr. 559, vorkommenden beiden Weingartrealitäten in Ober-Praprotniza;
12. der im ehemaligen Grundbuche der Herrschaft Kroisenbach sub Top.-Nr. 14 vorkommenden Bergrealität in Praprotniza;
13. des im vormaligen Grundbuche der Herrschaft Neudegg sub Reft.-Nr. 3  $\frac{1}{2}$  vorkommenden Ueberlandsgrundes, bestehend aus der Wiese und dem Acker bei der Mühle pod Gradcam P.-Nr. 52, 53ja, 53jb und 54;
14. des zum Landesgerichte Laibach, als Berggericht, gehörigen Steinkohlen-Bergwerkes, Rosalia genannt, Nr. 90 in der Gegend bei Oberdorf Katastral-Nr. 1377 in der Katastralgemeinde Bresouza, Ortsgemeinde Neudegg, Bezirk Treffen im Kronlande Krain inliegenden Tom. Supplement der verschiedenen Werkskomplexe Fol. 73;

gewilligt, und hiezu die Tagsatzung auf den

31. Juli 1865,

im Ritterschlosse zu Neudegg um 10 Uhr Vormittags bestimmt.

Diese Realitäten bilden eine wohl arrondirte Area von über 880 Joch, darunter 100 Joch Weizen-Acker, über 156 Joch ehemalige Feuchwiesen, 9  $\frac{1}{2}$  Joch Weingärten, über 600 Joch Wald, wovon über 400 Joch servitutsfrei sind; es gehören dazu ein großes romantisch gelegenes, reich eingerichtetes Schloß und ein kleineres vermietthbares Schloßchen, ausgedehnte Maulbeerbaum-Pflanzungen, Wirthschaftsgebäude für Getreide, und Sägmühle, ein herrschaftliches Wirthshaus, eine Schmiede, ein Dreschmaschinenhaus, eine Ziegelei und ein Kalkofen, ein sehr reicher Viehstand und vollständiger fundus instructus aller Art, insbesondere Herrschafts- und Wirthschaftswägen und Wirthschaftsgeräte, endlich ein reiches Steinkohlenbergwerk, sowie die Fischerei- und Jagdgerechtigkeit.

Die Feilbietungsbedingungen können nicht nur in der dießgerichtlichen Registratur sondern auch in Wien beim Herrn L. E. Müller, Hauseigenhümer in der Rosauerlande Nr. 9 und in der Kanzlei des Herrn Hof- und Gerichts-Advokaten Dr. Josef Findeyß in Wien, Wollzeile Nr. 12, eingesehen und daselbst auch anderweitige Auskünfte entgegen genommen werden.

K. k. Bezirksamt Treffen, als Gericht, am 18. Mai 1865.

## Dank.

Für die herzliche Theilnahme während der Krankheit unserer unvergeßlichen Tochter und für die zahlreiche Betheiligung am Leichenbegängnisse staten wir unsern innigsten Dank ab.

Laibach am 11. Juni 1865.

(1190)

Ferdinand und Josefine Bilina.

K. k. privilegierte, allgemeine, österreichische

## Boden-Credit-Anstalt.

Der am 1. Juli 1865 fällige Coupon der Aktien der k. k. privilegierten, allgemeinen, österreichischen Boden-Credit-Anstalt wird an den Kassen der Anstalt in Wien und Paris mit

**Drei Gulden österr. Währ. in Silber, oder  
Sieben einen halben Franken**

als erste à Conto-Zahlung auf die Dividende des Jahres 1864/1865 ausbezahlt.

(1187)